



Nr. 104 / 28.06.2019

Alexander HOFFMANN informiert

DER NEWSLETTER DES WAHLKREISABGEORDNETEN FÜR MAIN-SPESSART UND MILTENBERG

Keinerlei Zusammenarbeit mit Rechtspopulisten!

Liebe Leserinnen, liebe Leser, in vielen Reden, bei vielen Anlässen und Gesprächen ging es in dieser Sitzungswoche um den Mord an Walter Lübcke. Die rechtsextremistisch motivierte Tat erschüttert zutiefst, nicht nur in Kassel, auch hier im Parlament sind die Bestürzung und die Fassungslosigkeit sehr groß.

Nach dem Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten wurden noch weitere Morddrohungen gegen deutsche Politiker bekannt. Es ist erschreckend, wie viel Häme und Hass es mitten in unserer Gesellschaft gibt – auch bzw. gerade denen gegenüber, die in unserem Land politische Verantwortung übernehmen. Ganz extrem geht es dabei auf „Facebook“ zu. Da wüten und hetzen Leute, die sich hinter Fantasie-Namen und Pseudo-Profilfotos verstecken. Da wird, im Schutze der Anonymität, hemmungs- und niveaulos ausgeteilt. Sigmar Gabriel bezeichnet die Hetze im Internet, vor allem in den „asozialen Netzwerken“, zutreffend als „digitale Beihilfe zu Straftaten und Mord“. Denn die sprachliche Gewaltbereitschaft bereite physische Gewalt vor.

Extremismus-Forscher geben der AfD eine deutliche Mitschuld am mehr als rauen Umgangston. Unser



Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble hat in dieser Woche daher wiederholt angemahnt, die Debatten „durch Ernsthaftigkeit, mit Ehrlichkeit, auch in deutlichen Worten, aber mit Respekt voneinander“ zu führen. Das sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, und bis vor kurzem war

das bei Plenar-Debatten auch meistens so. Seitdem die AfD in den Bundestag eingezogen ist, vergeht kaum ein Sitzungstag ohne verbale Entgleisung, ohne Eklat, ohne einen oft kalkulierten Tabu-Bruch.

Da schwadronieren hochrangigste AfD-Mandats-träger davon, dass das „Dritte Reich“ nur ein „Vogelschiss“ in der ansonsten angeblich durchwegs positiven Geschichte Deutschlands sei. Da wird das Holocaust-Mahnmal in Berlin Mitte nahe dem Brandenburger Tor, das Millionen ermordeter Juden gedenkt, als „Denkmal der Schande“ bezeichnet. Und es wird laut ausgesprochen, dass das politische System, also unsere parlamentarische Demokratie, überwunden werden müsse.

Es gehört zum zynischen Geschäftsmodell der AfD, die Grenzen des Sagbaren zu überschreiten – doch gewöhnen dürfen wir uns daran nicht, das wäre gefährlich. „Ohne Widerspruch“, schreibt die F.A.Z., „können schleichend, aber auch sprunghaft Begriffe neu besetzt und Maßstäbe verschoben werden. Das darf man den Brandstiftern im Biedermann-Sakko nicht durchgehen lassen, die jetzt an vielen Stellen zündeln.“

Die Sprache der AfD ist Nährboden für Häme, Hass und Hetze – und auch für Drohungen und für Gewalttaten. Allein der Begriff „Altparteien“ zum Beispiel: Er klingt harmlos, doch in ihm steckt die Verachtung für all das, wofür demokratische Parteien stehen, nämlich für eine offene, liberale Gesellschaft, für Meinungs- und Pressefreiheit.

Die AfD dagegen vergiftet gezielt das politische und das gesellschaftliche Klima in unserem Land – weil sie als einzige politische Gruppierung davon profitiert. Wolfgang Schäuble hat Recht wenn er sagt, dass menschenfeindliche Hetze in der Vergangenheit und auch heute der Nährboden ist für Gewalt bis hin zum Mord. „Wer diesen Nährboden düngt, macht sich mitschuldig. Das sollte jetzt auch der Letzte verstanden haben.“

Mein CDU-Kollege Michael Brand, der mit dem ermordeten Walter Lübcke eng befreundet war, weist zu Recht darauf hin, dass der rechts-extremistische Terror ein Umfeld von Sympathisanten hat, und die kommen zu einem großen Teil aus der AfD. „Diese Hinrichtung wäre ohne das jahrelange systematische Aufheizen und immer

aggressivere Hetzen gegen die offene Gesellschaft und den demokratischen Rechtsstaat nicht möglich geworden.“

Ohne Zweifel, die AfD ist zu großen Teilen verantwortlich für die Radikalisierung und die Spaltung der Gesellschaft. Und genau aus diesen Gründen kann und darf und wird es keine Zusammenarbeit von CDU und CSU mit der AfD geben! Wir würden ansonsten Rechtspopulisten und Rechtsradikale noch salonfähig machen.



Wir als Politiker der Union vertreten christlich-liberale und konservative Werte. Wir machen zwar auch nicht immer alles richtig; auch die eine oder andere Äußerung in den zurückliegenden Jahren war nicht immer ein Glanzstück. Aber wir stehen auf dem Boden unseres Grundgesetzes, wir verteidigen unseren Rechtsstaat. Wir sind täglich näher bei den Menschen, wir sind viel in unseren Wahlkreisen unterwegs und praktisch immer ansprechbar. Wir halten regelmäßig Bürgersprechstunden ab, nehmen uns den Sorgen der Bürgerinnen und Bürger an – und bemühen uns, Probleme zu lösen. Daher tun wir gut daran, uns verbal wie inhaltlich von der AfD deutlich abzugrenzen und sie durch gute, kluge Politik hoffentlich schon bald wieder völlig bedeutungslos zu machen.

Herzlichst

Ihr

Alexander Hoffmann, MdB

Fotos: Laurence Chaperon;
CDU/CSU-Bundestagsfraktion;
Bundesregierung;
Michael Dominik
Grafik: Bundesregierung